

Ergebnisbericht der Veranstaltung

Unternehmen oder Unterlassen?

Entwicklungspolitik zwischen Werten und Interessen



07. / 08. Mai 2012

Wittenberg-Zentrum für Globale Ethik
in der Lutherstadt Wittenberg

27. Juli 2012

Unternehmen oder Unterlassen?

Entwicklungspolitik zwischen Werten und Interessen

INHALT

1. Einleitung	3
2. Forum 1 zum Thema „Korruption“	5
3. Forum 2 zum Thema „Investitionsrahmenbedingungen“	7
4. Forum 3 zum Thema „Rohstoffe, Ressourcenzugang und Energie“	10
5. Fazit	11

1. EINLEITUNG

In der Entwicklungspolitik ist es oft eine Gratwanderung, das Richtige zu tun. Privatwirtschaftliche Investitionen in Staaten, in denen die Menschenrechte nicht geachtet werden, mögen Menschen aus der Armut helfen, stützen aber gleichzeitig ein Regime, das Werte mit Füßen tritt. Diese und andere Dilemma-Situationen rund um das wirtschaftliche Engagement in Entwicklungsländern diskutierten am 7. und 8. Mai 2012 rund 50 Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft in der Lutherstadt Wittenberg.

Eingeladen hatten das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), das Wittenberg-Zentrum für Globale Ethik (WZGE) und das Entwicklungspolitische Forum der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH mit Unterstützung der Industrie- und Handelskammer Halle-Dessau (IHK), um auf dem Dialogforum gemeinsam mit den Gästen darüber zu diskutieren, was Wirtschaft, Wissenschaft und Politik jeweils beitragen können, um Werte und Interessen noch besser miteinander zu verbinden.

Als Referenzrahmen diente der wirtschaftsethische Ansatz des WZGE mit seiner Goldenen Regel: "Investieren in die Bedingungen der gesellschaftlichen Zusammenarbeit zum gegenseitigen Vorteil". Es handelt sich dabei um eine ökonomische Interpretation der bekannten ethischen Maxime, dass das eigene Verhalten sich an den Maßstäben messen lassen sollte, die man auch bei anderen ansetzt. Außerdem wurde in den Diskussionen immer wieder Bezug genommen auf den Drei-Ebenen-Ansatz des WZGE, der in Analogie zum Sport unterscheidet zwischen 1. den Spielzügen (den individuellen Handlungen der Akteure) 2. den Spielregeln (dem Ordnungsrahmen) und 3. dem Spielverständnis (dem Konsens über die dem Spiel zugrundeliegenden Werte und Handlungsbedingungen).

Im Mittelpunkt der Veranstaltung standen die Themen Korruption, Rohstoffe und Investitionsrahmenbedingungen, da sie in besonderer Weise geprägt sind von dem Spannungsverhältnis aus Werten und Interessen. Diese Themen wurden in den Plenumsrunden zu Beginn und Abschluss der Veranstaltung sowie in drei parallelen Foren kontrovers von den Teilnehmenden diskutiert.

Impulse aus den drei Foren im Überblick:

Die Teilnehmenden des Forums zum Thema Korruption empfahlen, den Wert von Integrität noch stärker in den Mittelpunkt der Zusammenarbeit zu stellen, um langfristig das Vertrauen der unterschiedlichen Akteure zu erhalten. Kontrollmechanismen in Unternehmen und Institutionen zur Korruptionsbekämpfung, wie z.B. das anonymisierte *whistle-blowing*, sollten ausgebaut werden. Außerdem müsse die Langfristigkeit von Transformationsprozessen anerkannt werden, um gegenüber Regierungen eine realistische Erwartungshaltung aufzubauen.

Aus dem Forum zum Thema Investitionsrahmenbedingungen kam die Empfehlung, Angebote der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit (EZ) an die Privatwirtschaft noch stärker bekannt zu machen und für Ziele und Prinzipien der EZ zu werben. Dazu müsse auch gehören, auf die Nationale Kontaktstelle Deutschlands (NKS) für die OECD-Leitsätze für multilaterale Unternehmen hinzuweisen, die bei Verstößen gegen die Prinzipien vermittelt.

Im boomenden Rohstoffmarkt müsse es mehr positive Beispiele für verantwortliche Rohstoffgewinnung in Entwicklungsländern geben, sagten Teilnehmende am dritten Forum. Gemeinsam sollten Auswärtiges Amt, Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) und BMZ sich für die Kreierung solcher Beispiele einsetzen. Dazu sei es hilfreich, wenn die Ministerien sich weiterhin auf wenige Kooperationsländer konzentrierten und stärkere Anreize für die Privatwirtschaft geben würden, um diese für die Vorhaben zu gewinnen.

Mit Hinweis auf die bestehende *Extractive Industries Transparency Initiative* (EITI) wurde gefordert, das langfristige Ressourcenmonitoring durch eine internationale Rohstoffdatenbank zu verbessern und eine internationale Ressourcenstrategie zu erstellen.

Generell müsste auch in Deutschland stärker an die Endverbraucher appelliert werden, sich für eine ökologische und sozial verträgliche Förderung von Rohstoffen einzusetzen. Außerdem solle verstärkt in die Ausbildung internationaler Führungskräfte investiert werden, da diese großen Einfluss auf die wirtschaftliche und politische Entwicklung in den Kooperationsländern nehmen (Stichwort Reformen), aber auch als Partner für deutsche Unternehmen dienen könnten.

2. FORUM 1 ZUM THEMA „KORRUPTION“

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Korruptionsforums diskutierten anhand einiger Fallbeispiele (s.u.) geeignete Maßnahmen, um Korruptionssituationen zu lösen und langfristig zu verhindern. Bemerkenswert war, dass unter den Teilnehmenden ein großes Einvernehmen über die Faktoren, die Korruption fördern sowie über anzustrebende Lösungswege bestand.

Im Fokus der Diskussion standen folgende vier Fallbeispiele: Afghanistan, Indien, Sambia sowie der Umgang eines DAX-Unternehmens mit internen Korruptionsfällen.

Als Ursachen der grassierenden Korruption in Afghanistan wurden die schwache institutionelle Struktur, wie z.B. die Justiz, aber auch die niedrigen Löhne und ein geringes Vertrauen in das Staatsgefüge genannt. Des Weiteren wurde darauf aufmerksam gemacht, dass Korruption stark milieuabhängig sei und in bestimmten Sektoren (z.B. Bausektor) stärker toleriert wird als in anderen. Als Lösungsansätze für fragile Staaten wurden von einer Vertreterin der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit Weiterbildungsmaßnahmen (*capacity building*) wie etwa Schulungen von Beamten genannt, die Stärkung der Position von Frauen, aber auch ein politischer Dialog zur Stärkung der Institutionen.

In Bezug auf die aufstrebende Großmacht Indien wurde der politische Dialog dagegen als schwierig bis unmöglich beurteilt, da die Regierung sich bisher der Auseinandersetzung mit dem Thema Korruption gegenüber internationalen Beratern verschließt. Gerade die neuen Großmächte, so ein Vertreter der Politik, seien zu stolz, um in diesem sensiblen Bereich Unterstützung anzunehmen. Dadurch lasse sich wenig politischer Druck zur Korruptionsbekämpfung aufbauen. Als Ansatzpunkte für die Entwicklungszusammenarbeit wurden in diesem Bereich vor allem nichtstaatliche Initiativen sowie Kooperationsvorhaben mit der Privatwirtschaft gesehen. Ein Vertreter einer NRO sagte, dass das Korruptionsniveau in Indien sich regional stark unterscheide und schlug vor, mit einem Ranking das Korruptionsniveau in den Provinzen zu erfassen. Durch verstärkte ausländische Investitionen in Provinzen mit niedrigem Korruptionsniveau könnten so für die staatlichen Institutionen in den Provinzen mit höherer Korruptionsanfälligkeit Anreize zur Korruptionsprävention entstehen.

Am Beispiel der Korruption in Sambia machte ein Unternehmensvertreter deutlich, dass es für die Integrität einer Firma wichtig und richtig sein könne, sich gegen eine Investition zu

entscheiden. Die Gründe für das Unterlassen wurden von dem deutschen Unternehmen vollständig transparent gemacht und verdeutlichten damit auch Externen, wie wichtig dem Unternehmen die eigenen Werte sind. Ein anderer Unternehmensvertreter merkte kritisch an, dass deutsche Unternehmen durch den hohen öffentlichen und politischen Druck in Deutschland stärkeren ethischen Prinzipien unterworfen seien, als dies für Wettbewerber, wie z.B. Unternehmen aus China, der Fall sei. Dadurch werde die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen eingeschränkt. Es gelte daher, diese hohen Sozial- und Umweltstandards als komparativen Vorteil ggü. Unternehmen aus anderen Ländern noch selbstbewusster zu vertreten und als nachhaltige Investition zu vermarkten.

Gefordert wurden bindende internationale Regeln, um der Wettbewerbsverzerrung zu begegnen. Dieser Punkt wurde länger erörtert. Ein NRO-Vertreter merkte an, dass Korruption auch in Ländern mit guter Gesetzgebung vorkomme, wenn der politische Wille fehle, die Schuldigen zu identifizieren und zu verurteilen. Eine Vertreterin aus der Politik stellte die Frage, ob internationale Abkommen tatsächlich das probate Mittel seien, um der Korruption zu begegnen. *Peer-review*-Prozesse zwischen den Ländern seien mitunter erfolgreicher. Ein Wissenschaftler betonte, dass die Lösung nicht nur in neuen Regeln zu suchen sei, sondern auch von Prozessen begleitet werden müsse, die die Beachtung dieser Regeln durch alle Beteiligten ermöglichen bzw. förderten. Dabei solle etwa deutlich werden, worin die Vorteile einer Regelbefolgung für die Akteure liege (u.a. Vertrauenswürdigkeit). In diesem Zusammenhang wies ein NRO-Vertreter auf die große Bedeutung von Vertrauen in das System und in die Akteure hin. Bei der Regelfindung müsse eine Balance zwischen Vertrauen in die Selbstregulierung und Kontrolle gefunden werden. Dies wurde von einem Wissenschaftler unterstützt, der die Frage stellte, wie Vertrauen, gerade in nicht-funktionierenden Systemen, gefördert werden könne. Einig waren sich die Teilnehmenden darin, dass die Schlüsselgröße Vertrauen nur über einen langen Zeitraum aufgebaut werden könne. Eine Vertreterin aus der Politik sagte, dass mit einem Zeithorizont von 15 bis 30 Jahren zu kalkulieren sei, was bei der Implementierung von Programmen und Prozessen zur Bekämpfung von Korruption zu beachten sei.

Eine Vertreterin eines DAX-Unternehmens, das in einen internen Korruptionsfall verwickelt war, erläuterte den internen Umgang des Unternehmens damit und nannte den Prozess eine Selbstreinigung. So wurde stark in den internen und externen Vertrauensaufbau investiert, indem nicht nur zahlreiche Manager ausgetauscht, sondern auch die Compliance-Abteilung stark ausgebaut und ein System des anonymen *whistle-blowing* installiert wurde, um

frühzeitig aus dem Unternehmen selbst Hinweise auf Unregelmäßigkeiten bekommen zu können. Ein anderer Unternehmensvertreter wies wiederum auf das enorme Missbrauchsrisiko des *whistle-blowing* hin. Von einer NRO-Vertreterin wurde daher der Vorschlag gemacht, dass das *whistle-blowing* reziprok erfolgen müsse, d.h., dass sowohl der Hinweisgeber als auch der „Adressat“ vor Missbrauch des Mechanismus geschützt werden muss.

3. FORUM 2 ZUM THEMA „INVESTITIONSRAHMENBEDINGUNGEN“

„Schlechte Rahmenbedingungen für privatwirtschaftliche Investitionen“: Darunter verstanden die Teilnehmenden des Forums Fachkräftemangel, fehlende technische und juristische Standards und ein allgemeines Marktversagen.

Zur Verdeutlichung der Herausforderungen, die schlechte Investitionsrahmenbedingungen in Entwicklungs- bzw. Kooperationsländern für deutsche Unternehmen darstellen, stellte eine Vertreterin aus der Politik zu Beginn einen Fall vor, der vor einiger Zeit die nationale OECD-Kontaktstelle beschäftigte. Es ging um ein deutsches Unternehmen, das mit der Regierung eines afrikanischen *Least Developed Country* (LDC) einen Pachtvertrag für eine größere landwirtschaftliche Anbaufläche abgeschlossen hatte. Die Regierung hatte zugesagt, dass das Land zur Übergabe nutzbar und unbewohnt sei. Diese Situation wurde aber auch durch Zwangsräumungen hergestellt. Zudem wurde deutlich, dass die Landrechte auf dem Gebiet ungeklärt waren. Im Land entstand eine NRO, die für die betroffenen Bauern sprach und eine Klage vor Gericht anstrebte (Verfahren läuft noch), um weitere Entschädigungen zu erreichen. Eine deutsche NRO brachte den Fall vor die [deutsche nationale Kontaktstelle für die OECD-Leitsätze \(NKS\)](#). Diese schloss die Beratungen mit der Empfehlung an alle Beteiligten (das Unternehmen und die NRO) ab, Dialogbereitschaft zu zeigen und den Gerichtsprozess konstruktiv zu begleiten.

Aus diesem Beispiel entwickelte sich eine Diskussion über die Rolle von Staat, Unternehmen und Zivilgesellschaft sowie deren jeweilige Verantwortungsbereiche. Offensichtlich hatte das deutsche Unternehmen zu stark auf die Verbindlichkeit des Vertrags mit der Regierung des LDC-Landes vertraut und zu wenig eigene Nachforschungen (*due-diligence* Ansatz, also eigene Überprüfung der Investitionsrisiken) angestellt, merkte ein Vertreter eines Wirtschaftsverbandes an. Die Verantwortung für die fehlenden Informationen liege auch beim deutschen Unternehmen. Ein Unternehmensvertreter merkte an, dass das

Unternehmen den Vertrag hätte frühzeitig kündigen sollen, um nicht mit den Zwangsräumungen in Verbindung gebracht zu werden. Jetzt bliebe dem deutschen Unternehmen nur noch die Option, in den direkten Dialog mit den Bauern vor Ort zu gehen, um den Imageschaden zu begrenzen.

Differenziert - von den Unternehmensvertretern sogar kritisch - wurde die Rolle der organisierten Zivilgesellschaft (NROs) in dem Prozess gesehen: Es sei nicht auszuschließen, dass die NROs sich von den Betroffenen instrumentalisieren ließen, z.B. um hohe Entschädigungszahlungen durchzusetzen, auch wenn bei einem Teil der Bauern nicht klar sei, ob sie tatsächlich in dem Gebiet ansässig waren. NROs, so ein Unternehmensvertreter, würden hier nicht immer korrekt agieren. So sei sein Unternehmen in Brasilien dem Vorwurf einer NRO ausgesetzt, dass ein Zulieferer auf Kinderarbeit zurückgreife. Beweise konnte die NRO dafür nicht liefern, der Vorwurf wurde aber von dieser weiterhin kommuniziert, da die NRO ein eigenes Interesse daran hatte, das Thema in der Öffentlichkeit zu halten.

Von der staatlichen deutschen Entwicklungszusammenarbeit forderten Unternehmensvertreter und -vertreterinnen noch mehr Unterstützung und Informationen zu den Risiken vor Ort. Wenn das BMZ sich mehr Investitionen der Privatwirtschaft in Entwicklungsländern wünsche, dann sei dies unabdingbar, so ein Wirtschaftsverbandsvertreter. Die Entwicklungszusammenarbeit solle sich stärker mit der Außenwirtschaftsförderung verzahnen, zum Beispiel durch die gezielte Einbindung der deutschen Auslandshandelskammern (AHK). Eine Vertreterin des BMZ wies darauf hin, dass eben diese Verzahnung bereits existiere und weiter ausgebaut werde. Sie informierte über das breite Beratungsangebot des BMZ: So wurde im BMZ eigens eine Servicestelle für die Wirtschaft eingerichtet (Email: Wirtschaft-Kontakt@bmz.bund.de, Servicetel.: 0228-995353131), das develoPPP-Programm für Partnerschaften zwischen öffentlichen und privaten Akteuren (Private Public Partnership) wurde ausgebaut, sogenannte Scouts für Entwicklungszusammenarbeit („EZ-Scouts“) wurden und werden in Wirtschaftsverbände entsandt und beraten dort Unternehmen, die sich in Entwicklungsländern engagieren wollen. Zusätzlich erhalten deutsche AHK in Entwicklungs- und Schwellenländern Unterstützung durch Entwicklungsexperten des Centrums für internationale Migration und Entwicklung (CIM). Sie erläuterte außerdem, dass die Erwartungen an das Ministerium mitunter unrealistisch seien. Für die Unterstützung von deutschen Investitionen im Ausland hat das Wirtschaftsministerium ein ganzes Bündel an Instrumenten zur Verfügung, die von der Entwicklungspolitik natürlich nicht gedoppelt werden sollten. Die Hauptaufgabe der

staatlichen Entwicklungszusammenarbeit bei privatwirtschaftlichen Investitionen sei es daher eher, den Dialog zwischen den beteiligten Akteuren zu fördern und Anreize für entwicklungsförderliche Investitionen zu geben, die sonst nicht zu Stande kämen - wie z.B. die Förderung von Nachhaltigkeitsaspekten bei Initiativen. Weiterhin wurde erwähnt, dass es grundsätzlich bereits ein sehr umfassendes Außenwirtschaftsinstrumentarium gebe, das im Auftrag des BMWi für die Beratung der Unternehmen zu Verfügung stünde.

Anhand eines weiteren konkreten Beispiels wurde über die Verantwortungsgrenzen von Unternehmen und Regierungen diskutiert. Ein Unternehmer nannte ein Länderbeispiel, in dem eine amerikanische Minenfirma Schürfkonzessionen erworben hatte. Dafür hatte das Unternehmen Geld an den Staat gezahlt, mit dem unter anderem auch die lokalen Bauern der Region unterstützt werden sollten. Da das Geld von der Regierung nicht im vereinbarten Maße weitergegeben wurde, investierte das amerikanische Unternehmen zusätzlich in lokale Infrastruktur, z.B. Schulen, um die Unterstützung der Bevölkerung nicht zu verlieren („*licence to operate*“). Hier, so ein Unternehmensvertreter, würde die Privatwirtschaft als Folge defizitärer Investitionsrahmenbedingungen für Missstände aufkommen, die eigentlich in den Verantwortungsbereich der Regierung gehörten. Auch wenn das lokale Engagement des Unternehmens grundsätzlich zu begrüßen sei, so solle Unternehmensverantwortung nicht im Staatsversagen begründet liegen oder das Unternehmen gar Substitutionsleistungen für den Staat erbringen.

Als weitere Herausforderung wurde das fehlende Wissen der Akteure um Schlichtungsstrukturen wie z.B. die Nationale OECD-Kontaktstelle (NKS) genannt. Mit Bezug auf den Wittenberg-Ansatz wies ein Wissenschaftler auf ein mangelndes Spielverständnis von beteiligten Unternehmen, dem Staat und der Zivilgesellschaft hin. Sprich: Dem deutschen Unternehmen waren die spezifischen Spielregeln vor Ort nicht bekannt. Es brauche lokale Partner, so ein Unternehmensvertreter, damit ein ausländisches Unternehmen die Besonderheiten des Spielverständnisses verstehen lerne und entsprechend reagieren könne.

4. FORUM 3 ZUM THEMA „ROHSTOFFE, RESSOURCENZUGANG UND ENERGIE“

Zu Beginn des Forums wurden die Teilnehmenden gebeten, die zentralen Herausforderungen in Bezug auf das Thema „Rohstoffe, Ressourcenzugang und Energie“ zu nennen und daraus drei Schwerpunkte als Grundlage für die gemeinsame Diskussion zu wählen. Folgende Schwerpunkte wurden gewählt:

Unattraktive Investitionsbedingungen in Kooperations- bzw. Entwicklungsländern, Verletzung elementarer Rechte der lokalen Bevölkerung beim Rohstoffabbau und Schwierigkeiten bei der Kooperation von Wirtschaft und Politik.

Aufhänger für die Diskussion über die drei Schwerpunktthemen war ein Fallbeispiel aus Zentralasien, das eine Vertreterin aus der Politik vorstellte: Das ursprüngliche Ziel des derzeit laufenden Vorhabens der staatlichen deutschen Entwicklungszusammenarbeit war es, in dem Land die lokale Wertschöpfung bei der Förderung von Rohstoffen zu steigern. Dafür wäre die Einbindung lokaler Bevölkerungsgruppen bzw. der Zivilgesellschaft elementar gewesen, was von der Zentralregierung des Staates aber nicht gewünscht wurde. Um die lokale Bevölkerung und Zivilgesellschaft dennoch zu stärken, wurde bewusst "unternommen" und nicht "unterlassen". Der Schwerpunkt des Vorhabens wurde auf die Verbesserung der Investitionsbedingungen im Rohstoffsektor verlagert, z.B. durch Förderung der Berufsbildung. Die beratende Rolle der staatlichen deutschen Entwicklungszusammenarbeit gegenüber der Regierung des Landes wurde und wird nun u.a. genutzt, um – wie ursprünglich vorgesehen – eine stärkere Integration der Zivilgesellschaft in die Prozesse zu bewirken.

Zwei Vertreter der Wissenschaft bestätigten die Bedeutung der Zivilgesellschaft für langfristig angelegte Investitionen. Erfolgreiches Wirtschaften brauche die Zustimmung der Menschen. Das Beispiel zeige aber, wie schwierig dies sei, wenn die Regierung kein Interesse an der Stärkung der Zivilgesellschaft habe.

In Bezug auf das Thema „Schwierigkeiten bei der Kooperation von Wirtschaft und Politik“ wurde von Seiten der Wirtschaft der Einsatz des deutschen Staates für bessere Rahmenbedingungen in Kooperationsländern begrüßt. Von besonderer Relevanz sei dabei die Rechtssicherheit, betonte ein Verbandsvertreter und fügte hinzu, dass sich auch Unternehmen an dem Diskurs über die Regelsetzung beteiligen müssten. Eine Vertreterin

der Zivilgesellschaft betonte, dass nicht die Schaffung, sondern die Durchsetzung von Standards das Problem sei. Häufig würden die Standards außerdem nur für ausländische, nicht aber für einheimische Firmen gelten. Die EU, so die Forderung, müsse sich für allgemeingültige Standards bei der Rohstoffgewinnung einsetzen.

Die deutsche Politik, so die Forderung eines anderen Wirtschaftsvertreters, müsse deutsche Unternehmen im globalen Wettbewerb stärker unterstützen. So habe z.B. Frankreich den Zuschlag eines Kooperationslandes für die Konzession einer Mine für ein französisches Unternehmen durch die Lieferung von Mobilitätstechnik unterstützt. Außenwirtschaftsförderung und staatliche Entwicklungszusammenarbeit, so der Vertreter der Wirtschaft, müssten noch stärker verzahnt, die Zusammenarbeit zwischen BMWi, Auswärtigem Amt und BMZ intensiviert werden, um Investitionen in Kooperationsländern für deutsche Unternehmen attraktiver zu machen. Es fehle an einer ressortübergreifenden Strategie der Bundesregierung.

Eine Vertreterin der Politik stellte klar, dass die Aufgabe des BMZ nicht in der direkten Außenwirtschaftsförderung, sondern in der Bekämpfung der Armut liege. Natürlich gebe es Schnittmengen, die es zu bedienen gelte, aber das Renditeziel eines Unternehmens unterscheide sich von den Zielen des BMZ. In Bezug auf das Beispiel aus Zentralasien sei der Wunsch von Seiten der Politik an die Wirtschaft, dass diese das Vorhaben mit entsprechendem Technologietransfer unterstützen würde.

Die Diskussion machte deutlich, dass eine Schwierigkeit bei der Kooperation von Wirtschaft und Politik immer wieder im unterschiedlichen „Spielverständnis“, etwa einem unklaren Rollenverständnis, liegen kann. Der Dialog zwischen Politik und Unternehmen sollte daher weiter intensiviert werden.

5. FAZIT

Ob es um die Bekämpfung von Korruption geht, um günstige, stabile Investitionsbedingungen oder um verantwortlichen Rohstoffabbau, eine Schlüsselgröße ist und bleibt das gegenseitige Vertrauen der unterschiedlichen Akteure, das es zu stärken gilt. Missstände wie etwa Korruption in Staaten oder Unternehmen zerstören das Vertrauen in ein gemeinsames Spielverständnis der Akteure, und es braucht viele Jahre, um verloren gegangenes Vertrauen wieder herzustellen.

Die Diskussion zwischen Vertreterinnen und Vertretern aus Wirtschaft, Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Politik in Wittenberg hat deutlich gemacht, wie wichtig ein Referenzrahmen, wie z.B. die OECD-Leitsätze für unternehmerisches Handeln, für die Kreierung eines gemeinsamen Spielverständnisses sind, das Vertrauen schafft. Die vielfachen Verweise auf das Agieren von Ländern wie z.B. China, die sich häufig nicht an einen solchen Rahmen gebunden fühlen bzw. ein anderes Spielverständnis aufweisen, haben aber die enormen Herausforderungen gezeigt, die entstehen, wenn im selben Spielfeld für unterschiedliche Akteure unterschiedliche Maßstäbe gelten. Hier wurde sowohl von Seiten der Wirtschaft als auch von der Zivilgesellschaft gefordert, dass sich die Politik noch stärker für international gültige Standards einsetzt, um einen fairen Wettbewerb zwischen z.B. deutschen und ausländischen Unternehmen herzustellen, aber auch, damit die Rechte der lokalen Bevölkerung in Kooperationsländern stärker berücksichtigt werden.

Anhand mehrerer Beispiele wurde deutlich, dass es im Einzelfall sinnvoll sein kann, von wirtschaftlichen Aktivitäten abzusehen, um die Bedeutung von universalen Werten und Prinzipien wie z.B. die Achtung von Menschenrechten zu unterstreichen – besonders dann, wenn diese in Frage gestellt werden. Allerdings, so ein hochrangiger Vertreter der Politik, sei „Unterlassen“ auch eine Handlung mit Konsequenzen und wer nur unterlassen würde, um sich die Hände nicht schmutzig zu machen, werde seiner Verantwortung nicht gerecht; anders formuliert sollte auch das „Unterlassen“ als „Investition in den Vermögenswert Vertrauen(swürdigkeit)“ – die sich eben im Festhalten an Prinzipien manifestiert – verstanden, durchgeführt und ggf. auch kommuniziert werden.

Alles Handeln, sowohl Unternehmen als auch Unterlassen, müsse in eine Strategie eingebettet sein, die die Langfristigkeit von Transformationsprozessen berücksichtige. Denn die Diskussion in Wittenberg habe deutlich gezeigt, dass bei der Überwindung von ökonomischen und systemischen Defiziten der Maßstab nicht Jahre, sondern eher Jahrzehnte sei. Viele Teilnehmende waren sich einig, dass sich der Unterschied zwischen Werten und Interessen auflösen lasse, wenn letztere nicht kurz-, sondern langfristig gedacht würden.

Auf der Veranstaltung in Wittenberg wurde die grundsätzliche Notwendigkeit und Bereitschaft der Akteure aus Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Politik, einander zuzuhören und voneinander zu lernen, deutlich. Es gab ein starkes Interesse am Erfahrungsaustausch. Allerdings wurden auch die hohen, mitunter widerstreitenden Erwartungen an die Politik deutlich:

Von Unternehmensseite wurde häufig die Forderung an das BMZ gerichtet, stärkere Anreize für Investitionen in Kooperationsländern zu liefern. Das Wort „Anreiz“, so ein Vertreter der Wissenschaft, tauche im entwicklungspolitischen Konzept des BMZ nicht auf; verantwortliches Handeln habe aber nur Aussicht auf Umsetzung, wenn es nicht dauerhaft den eigenen Interessen zuwiderlaufe. BMWi, AA und BMZ müssten sich stärker verzahnen, um bessere Rahmenbedingungen bzw. Anreizsysteme für privatwirtschaftliche Investitionen in Kooperationsländern zu erreichen. Von Seiten der Zivilgesellschaft wurde diese Forderung jedoch mit dem Hinweis kommentiert, dass das BMZ mit seinem verstärkten Fokus auf Unternehmenstätigkeit mitunter zu hohe Erwartungen geweckt habe.

Eine weitere Vertreterin der Zivilgesellschaft forderte vom BMZ, die begrenzten EZ-Mittel nicht für Wirtschaftsförderung, sondern für die Armutsbekämpfung zu nutzen. Vertreter und Vertreterinnen aus Unternehmen und dem BMZ betonten hingegen, wie wichtig es sei, hier eine gemeinsame und keine trennende Sprache zu finden: das eine schließe das andere nicht aus. Es gehe nicht darum, so ein Vertreter des BMZ, Entwicklungsgelder etwa zweckentfremdet einzusetzen und sie Unternehmen zuzuleiten, sondern darum, Unternehmen stärker für entwicklungspolitische Anliegen zu gewinnen, um ihre Ressourcen zur Erreichung entwicklungspolitischer Ziele in Dienst nehmen zu können. Hierzu sei es notwendig, die Interessen von Unternehmen zu kennen und zu berücksichtigen.

Nachhaltige Entwicklung kann nur gelingen, wenn Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft ein gemeinsames Spielverständnis finden und gemeinsame Spielregeln gestalten. In diesem Sinne hat das Dialogforum **„Unternehmen oder Unterlassen? Entwicklungspolitik zwischen Werten und Interessen“** einen Beitrag zur Rollenklärung der Akteure untereinander geleistet. Nur wenn das wechselseitige Verständnis für die unterschiedlichen und gemeinsamen Werte und Interessen der Akteure wächst, können Kollisionen bei der Umsetzung von Prinzipien und Interessen vermieden und – im Sinne des Wittenberger Ethikverständnisses – Investitionen in die Bedingungen internationaler Zusammenarbeit zum gegenseitigen Vorteil erleichtert werden.

Für Rückfragen wenden Sie sich bitte an das Entwicklungspolitische Forum der GIZ GmbH, Sebastian Herold, Tel. 030 43996-373, sebastian.herold@giz.de
--